Deutscher Bundestag **Drucksache 16/9119**

16. Wahlperiode 08. 05. 2008

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Winfried Hermann, Peter Hettlich, Dr. Anton Hofreiter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/5967 –

Klimaschutzmaßnahmen im Luftverkehr ergreifen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, sich bei den Verhandlungen zum Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission dafür einzusetzen, dass alle klimaschädigenden Emissionen einbezogen und die Nicht-CO_2-Emissionen durch einen Klima-Multiplikator von 2 bis 3, bezogen auf die CO_2-Emissionen, berücksichtigt werden; dass strenge Emissionsgrenzwerte oder andere ordnungspolitische Instrumente für die Reduktion der Stickoxid-Emissionen eingeführt werden; dass, sofern ein nur CO_2-bezogenes Handelssystem realisiert wird, alle Flüge von Anfang an einbezogen werden; dass die Emissionszertifikate spätestens ab 2013 vollständig versteigert werden; dass die Nutzung der flexiblen Instrumente (CDM, JI) durch den Luftverkehr so lange ausgeschlossen wird, bis im Rahmen der UN-Verhandlungen Nachbesserungen an den Instrumenten mit dem Ziel vorgenommen werden, die ökologische Integrität der Projekte sicherzustellen; dass ambitionierte Reduktionsverpflichtungen festgeschrieben werden, die zunächst zur Stabilisierung der Emissionen auf dem Niveau von 2004 bis 2006, aber zukünftig zu deutlichen Reduktionen führen; dass die Vorschläge und der Zeitplan für die Regelungen zu den anderen Treibhausgasen, die Ausgestaltung der Zuteilungsregeln sowie zu Art und Umfang der Auktionierung so rasch wie möglich vorgelegt werden; und dass die EU-Mitgliedstaaten eine gemeinsame Position zu dem Richtlinienvorschlag im Rahmen der ICAO-Vollversammlung im Herbst 2007 vertreten. Weiterhin soll der Deutsche Bundestag nach dem Antrag die Erwartung äußern, dass die Bundesregierung ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung aller Auswirkungen des Luftverkehrs auf das Klima auf den Weg bringt mit der Einführung einer Kerosinsteuer; mit der Einführung europaweit einheitlicher und nach Stickoxid-Emissionen differenzierter Start- und Landeentgelte; mit der Nutzung aller operativen Möglichkeiten, um CO_2-Emissionen zu reduzieren; mit der raschen Umsetzung der Vorgaben aus dem Single European Sky (SES); mit der Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung für grenzüberschreitende Flüge; mit Verhandlungen mit den Ländern über die Subventionierung der Regionalflughäfen mit dem Ziel, diese zu beenden; mit der bundesweiten Regulierung und Planung der Luftverkehrsinfrastruktur (Masterplan nachhaltiger Flugverkehr);

mit der Verbesserung des intermodalen Mobilitätsangebots und der Vermeidung des Kurzstreckeninlandsverkehrs; mit der Ausschöpfen aller Potenziale für Forschung und Entwicklung von ökoeffizienten (emissionsarmen, leisen) Flugzeugen und mit der Intensivierung der Forschung zur Klimawirksamkeit der anderen Treibhausgasemissionen in höheren Schichten der Atmosphäre.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/5967 abzulehnen.

Berlin, den 5. Mai 2008

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold	**Christian Carstensen**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Christian Carstensen

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5967** in seiner 136. Sitzung am 17. Januar 2008 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet vor allem die Forderung, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich bei den Verhandlungen zum Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission dafür einzusetzen, dass alle klimaschädigenden Emissionen einbezogen und die Nicht-CO_2-Emissionen durch einen Klima-Multiplikator von 2 bis 3, bezogen auf die CO_2-Emissionen, berücksichtigt werden; dass strenge Emissionsgrenzwerte oder andere ordnungspolitische Instrumente für die Reduktion der Stickoxid-Emissionen eingeführt werden, dass, sofern ein nur CO_2-bezogenes Handelssystem realisiert wird, alle Flüge von Anfang an einbezogen werden; dass die Emissionszertifikate spätestens ab 2013 vollständig versteigert werden; dass die Nutzung der flexiblen Instrumente (CDM, JI) durch den Luftverkehr so lange ausgeschlossen wird, bis im Rahmen der UN-Verhandlungen Nachbesserungen an den Instrumenten mit dem Ziel vorgenommen werden, die ökologische Integrität der Projekte sicherzustellen; dass ambitionierte Reduktionsverpflichtungen festgeschrieben werden, die zunächst zur Stabilisierung der Emissionen auf dem Niveau von 2004 bis 2006, aber zukünftig zu deutlichen Reduktionen führen; dass die Vorschläge und der Zeitplan für die Regelungen zu den anderen Treibhausgasen, die Ausgestaltung der Zuteilungsregeln sowie zu Art und Umfang der Auktionierung so rasch wie möglich vorgelegt werden; und dass die EU-Mitgliedstaaten eine gemeinsame Position zu dem Richtlinienvorschlag im Rahmen der ICAO-Vollversammlung im Herbst 2007 vertreten. Weiterhin soll der Deutsche Bundestag nach dem Antrag die Erwartung äußern, dass die Bundesregierung ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung aller Auswirkungen des Luftverkehrs auf das Klima auf den Weg bringt mit der Einführung einer Kerosinsteuer; mit der Einführung europaweit einheitlicher und nach Stickoxid-Emissionen differenzierter Start- und Landeentgelte; mit der Nutzung aller operativen Möglichkeiten, um CO_2-Emissionen zu reduzieren; mit der raschen Umsetzung der Vorgaben aus dem Single European Sky (SES); mit der Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung für grenzüberschreitende Flüge; mit Verhandlungen mit den Ländern über die Subventionierung der Regionalflughäfen mit dem Ziel, diese zu beenden; mit der bundesweiten Regulierung und Planung der Luftverkehrsinfrastruktur (Masterplan nachhaltiger Flugverkehr); mit der Verbesserung des intermodalen Mobilitätsangebots und der Vermeidung des Kurzstreckeninlandsverkehrs; mit der Ausschöpfen aller Potenziale für Forschung und Entwicklung von ökoeffizienten (emissionsarmen, leisen) Flugzeugen und mit der Intensivierung der Forschung zur Klimawirksamkeit der anderen Treibhausgasemissionen in höheren Schichten der Atmosphäre.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/5967 in seiner 56. Sitzung am 20. Februar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 12. März 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 20. Februar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 5. März 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 20. Februar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 12. März 2008 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dem Antrag liege eine Überbewertung der klimaschädlichen Auswirkungen des Luftverkehrs zugrunde. Alle Flüge zusammen hätten an den Emissionen nur einen Anteil von 3 Prozent. Ein großer Teil der Forderungen in dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei überholt. Sie wies darauf hin, dass zwischenzeitlich der Entwurf einer EU-Richtlinie vorliege. Zudem gebe es die freiwillige Einführung emissionsabhängiger Start- und Landeentgelte für die Flughäfen Frankfurt und München. Kritisch sehe sie das in dem Antrag vorgeschlagene Paket von Maßnahmen auf nationaler Ebene. Nationale

Alleingänge führten zu Wettbewerbsverzerrungen für die deutsche Luftfahrt.

Die **Fraktion der SPD** vertrat die Auffassung, der Antrag sei zwischenzeitlich überholt. Die ICAO-Vollversammlung habe stattgefunden und beispielsweise seien die emissionsabhängigen Landeentgelte eingeführt worden. Zudem gebe es auf europäischer Ebene klare Positionierungen zum Thema Emissionshandel. Sie könne dem Antrag daher nicht zustimmen, plädiere aber dafür, ihn zum Anlass zu nehmen, sich ausführlich mit der Thematik zu befassen.

Die **Fraktion der FDP** betonte, zwar müsse man sich Ziele setzen und ein Konzept entwickeln. Dies allein reiche aber nicht. Es sei gerade in der Luftfahrt außerordentlich wichtig, dass Maßnahmen zum Klimaschutz international abgestimmt seien. Man müsse daher Entscheidungen auf der Ebene der ICAO anstreben. Nationale Alleingänge führten zu keiner Lösung der Probleme. In dem Antrag seien diese Grundbedingungen nicht erfüllt, weshalb sie ihm nicht zustimmen könne.

Die **Fraktion DIE LINKE.** vertrat die Auffassung, die politische Einigung im Rat über den Emissionshandel im Luftverkehr konterkariere die Bemühungen, das starke Wachstum des klimaschädlichen Luftverkehrs wirksam zu bremsen. Es sei beispielsweise nur eine Versteigerung von 10 Prozent der Emissionsrechte vorgesehen, während eine Versteigerung von 100 Prozent sachgerecht sei. Sie hoffe daher, dass das Europäische Parlament den Ratsbeschluss zurückweise. Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde sie unterstützen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, die Anliegen ihres Antrags seien nach wie vor aktuell. Viele der in dem Antrag erhobenen Forderungen seien immer noch nicht erfüllt. Sie bestritt, dass die klimaschädlichen Auswirkungen des Luftverkehrs überbewertet würden. Der Luftverkehr sei der Sektor mit der stärksten Zunahme an Treibhausgasemissionen und die Absonderung der Treibhausgase in 10 km Höhe führe zu besonders schädlichen Effekten. Es sei zwar wünschenswert, Maßnahmen zum Klimaschutz im Luftverkehr auf internationaler Ebene anzustreben. Dort geschehe aber nichts und diejenigen, welche nationale Alleingänge ablehnten, könnten keine Alternativen benennen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 16/5967 abzulehnen.

Berlin, den 5. Mai 2008

Christian Carstensen
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333